

Unter anderem in dieser Ausgabe:

DER OSTEN: VON ERRUNGENSCHAFTEN & SOZIALER EINHEIT S. 3

EUROPAS LINKE: KÄMPFE UM DIE ERDE UND DEINE ZUKUNFT S. 5-7

MUSIK & ARBEIT: UNVERGESSEN, VICTOR JARA ... S. 11

STELLENAUSSCHREIBUNG: WAHLKAMPFKOORDINATOR*IN S. 15

Veranstaltungstipp

2. Tagung des 8. Stadtparteitages

Am 21. Oktober 2023 findet die 2. Tagung des 8. Stadtparteitages von DIE LINKE. Leipzig ab 9:30 Uhr im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32, als Gesamtmitgliederversammlung statt.

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 23.9.23 waren wir mit vielen anderen zum bundesweiten Bildungsprotesttag auf der Straße. Für ein sozial gerechtes und ausreichend finanziertes Bildungssystem!

Foto: Key Kameth

Sozialer Arbeitsmarkt in der Nähe der Todeszone

Dr. Volker Külow Zum wiederholten Mal hat die Linksfraktion in den letzten Monaten in der Ratsversammlung zum Thema Sozialer Arbeitsmarkt in Leipzig nachgefragt, zuletzt in der Ratsversammlung September. Wir taten das deshalb, weil nach der 60 %-igen Kürzung im Jahr 2023 nunmehr für das Jahr 2024 eine weitere Halbierung und damit ein zweiter Kahlschlag droht, der den Sozialen Arbeitsmarkt in die bedrohliche Nähe der Todeszone rückt.

Es sind neben der fehlgeleiteten Steuerung des Jobcenters hauptsächlich die angekündigten Kürzungen der Berliner Ampel-Regierung im Bundeshaushalt, die zu dieser dramatischen Entwicklung in Leipzig führen. Betrogen die Eingliederungsmittel des Jobcenters Leipzig im Jahr 2022 noch 55 Millionen Euro, sanken sie 2023 auf 50 Mio. und werden 2024 voraussichtlich we-

niger als 45 Mio. Euro betragen. Mit dieser massiven Kürzung wird es in Leipzig immer weniger arbeitsmarktpolitische Projekte bei einer gleichbleibend hohen Langzeitarbeitslosigkeit geben. Die Leipziger Tradition der aktiven Beschäftigungspolitik für besonders benachteiligte Personengruppen am Arbeitsmarkt wird damit beendet werden. Von diesen Einschnitten und Stellenstreichungen sind neben freien Trägern, caritativen Initiativen auch wichtige Bereiche der Kommune selbst wie der Kommunale Eigenbetrieb Engelsdorf (KEE), die Schulbibliotheken, weitere wichtige soziale Dienste und die Stadtreinigung massiv betroffen, wie eine andere Vorlage zeigt.

Die Antworten der Verwaltung sind leider oft recht lückenhaft und unvollständig. Darüber hinaus zeugen sie von einem gewissen Unvermögen der Kommune, ihre Verantwortung gegenüber dem Jobcenter für dessen strategi-

sche Ausrichtung beim Sozialen Arbeitsmarkt wahrzunehmen. Allein dem Druck aus dem Stadtrat ist es im Jahr 2023 zu verdanken gewesen, dass überhaupt ein Minimum an Projekten gerettet werden konnten. Wenn die Zielvereinbarung der Kommune für das Jobcenter Leipzig für das Jahr 2024 erst im Mai 2024 statt im Oktober 2023 – wie in den Fachausschüssen zugesichert – erfolgt, entsteht die Frage, ob da überhaupt noch eine Steuerung stattfindet. Genau hier könnten die sozialen kommunalpolitischen Interessen durchgesetzt werden. Das bisherige Interessenbekundungsverfahren für AGH (Arbeitsgelegenheiten) beispielsweise wird gleich ganz gestrichen. Statt eines halbwegs transparenten Verfahrens mit Beteiligung der Kammern und Gewerkschaften wird die Vergabe nunmehr in den anonymen Tiefen des Jobcenters entschieden. Dazu passt das Täuschungsmanöver, künftig die Zuweisungsdauer für AGH

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden
und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Bei einigen Terminen ist eine vorherige Anmeldung nötig. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Di. 24. Oktober 2023, 17:00 Uhr, Ostbüro, Riebeckstraße 1, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Steffen Wehmann
- Do. 2. November 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külöw
- Mo. 6. November 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden 1. Mo. 17:00 bis 18:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18, bitte um vorherige Terminvereinbarung unter: Tel. Nr.: (0341) 231 84 40, per Mail: soeren.pellmann@bundestag.de
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi. 17:00 bis 19:00 Uhr, Poliklinik, Taubestraße 2, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
Mi. 8. November 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
Mi. 15. November 2023, 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus

auf sechs Monate zu verkürzen, um damit zwei Teilnehmende pro Maßnahme und Jahr abrechnen zu können und die Zahlen der Teilnehmer künstlich zu frisieren. Mit dieser lebensfremden Entscheidung entfernt man sich natürlich von einer angestrebten Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Die Linksfraktion wird die drohenden Kürzungen im Sozialen Arbeitsmarkt nicht widerspruchslos hinnehmen und bereits in der nächsten Ratsversammlung das Thema erneut aufgreifen und fordert den Oberbürgermeister und den Wirtschaftsbürgermeister

auf, aktiv die Interessen der Stadt Leipzig gegenüber dem Jobcenter Leipzig zu vertreten. Darüber hinaus werden wir insbesondere die Absicherung der Stellen für Schulbibliotheken und andere gemeinwohlsichernde Einrichtungen und Institutionen sowie die Nachbesetzung der wegfallenden 72 Tarifstellen bei der Kommune im Jahr 2024 in den Blick nehmen. Andernfalls müsste nach der langen anhaltenden Kritik am Jobcenter Leipzig und nach dem Missachten der politischen Beschlüsse des Stadtrates auch personelle Konsequenzen für die Jobcenter Spitze erwogen werden.

Das Wahljahr 2024 steht an

René Streich Der SBV Südwest macht sich bereit

Im kommenden Jahr 2024 finden in Sachsen und Leipzig Kommunal- und Landtagswahlen statt. Als Stadtbezirksverband Südwest bereiten wir uns schon seit einigen Wochen auf dieses Wahljahr vor. Unser Vorstand hat bei seiner Klausurtagung im Juni die ersten Ideen und Konzepte für das Wahljahr 2024 gesammelt und festgehalten. Diese werden bereits seit einigen Wochen aktiv umgesetzt und von unseren Mitgliedern mit diversen Veranstaltungen, Infoständen und unserem Sommerfest unterstützt. Gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen waren wir in den letzten Monaten immer wie-

der auf der Straße unterwegs und haben mit den Menschen im Viertel gesprochen. Dabei haben wir Gedanken für eine lebenswerte Nachbarschaft ausgetauscht.

Als Bezirksverband werden wir dies auch weiterhin tun und immer wieder auch kontroverse Themen aufgreifen und besprechen. Unser erklärtes Anliegen ist es, weiterhin ein Sprachrohr für alle im Bezirk zu sein. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort kämpfen wir weiterhin für einen Stadtteil und eine Stadt für alle: sozial, inklusiv, ökologisch und solidarisch.



Foto: Privat - SBV Südwest

Die Ampel macht arm – wir brauchen eine soziale Einheit!

Sören Pellmann Preise runter, Löhne und Renten hoch!

Als Leipziger Bundestagsabgeordneter der LINKEN möchte ich euch heute über einen wichtigen Antrag informieren, den ich zusammen mit meiner Kollegin Gesine Löttsch und unserer Fraktion im Bundestag eingebracht habe. Es geht um die soziale Einheit in unserem Land, die 33 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch nicht erreicht ist.

Wir erleben gerade eine schwere Krise, die die Menschen hart trifft. Besonders der Osten leidet unter der Inflation. Die Preise steigen rasant, die Löhne und Renten sinken real. Die Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen macht alles nur noch schlimmer, der Ostbeauftragte versäumt es, konkrete Pläne und Forderungen für den Osten vorzulegen. Die Regierung erhöht die Steuern und Abgaben, die vor allem die kleinen und mittleren Einkommen belasten, etwa die Mehrwertsteuer und die CO2-Abgabe. Sie ignoriert die Lohnkluft zwischen Ost und West, die wieder größer wird: Vollzeitbeschäftigte verdienen im Osten rund 13.000 Euro brutto im Jahr weniger!

Die Bundesregierung kümmert sich nicht um die Lebensleistung der Ostdeutschen, die unter der Wende gelitten haben. Sie spaltet

das Land in Arm und Reich, Ost und West, Jung und Alt.

Das können wir nicht hinnehmen!

Wir brauchen eine konsequente Anti-Inflationspolitik, die die Menschen entlastet und die Kaufkraft stärkt. Deswegen fordern wir als Linksfraktion: Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf NULL setzen und weiterhin den reduzierten Satz von 7 % auf Gas, Fernwärme und in der Gastronomie anzuwenden!

Wir brauchen eine Lohneinheit zwischen Ost und West, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichbehandelt und fair bezahlt, und zwar nicht irgendwann in Zukunft, sondern bis 2025! Außerdem eine wirkliche Anhebung des Mindestlohns, die zuletzt beschlossene Erhöhung um 41 Cent ist ein schlechter Witz, sie gleicht die Teuerungen der letzten Jahre nicht aus. Deshalb fordern wir: 14 Euro Mindestlohn jetzt!

Wir brauchen eine Rentenerhöhung für alle Rentnerinnen und Rentner, die die Inflation ausgleicht und die Altersarmut bekämpft. Rentnerinnen und Rentner, die 45 Jahre auf dem Buckel haben, erhalten im Osten im Schnitt rund 200 Euro weniger Rente! Wir

brauchen eine Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen, die nicht nur auf sogenannte Härtefälle beschränkt ist, sondern einen Gerechtigkeitsfonds umfasst, der allen zugutekommt, die unter der Transformation gelitten haben und die bei der Ost-West-Rentenüberleitung vernachlässigt wurden: so etwa die in der DDR geschiedenen Frauen.

Das sind die Forderungen, die wir in unserem Antrag zu 33 Jahren deutscher Einheit formuliert haben. Wir wollen eine soziale Einheit, die allen Menschen in diesem Land ein gutes Leben ermöglicht! Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt! Wir wollen eine demokratische Republik, die von den Bürgerinnen und Bürgern bestimmt wird, nicht von den Lobbyisten der Konzerne und Banken!

Ich bitte euch, uns bei diesem Anliegen zu unterstützen. Informiert euch, diskutiert mit, macht mit. Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent für die Interessen der Mehrheit der Menschen einsetzt. Wir sind die Stimme der sozialen Gerechtigkeit im Bundestag. Wir sind die LINKE! Und wir geben nicht auf, bis die soziale Einheit zwischen Ost und West Wirklichkeit ist!

Ostdeutsche Errungenschaften endlich wertschätzen – Das führt das Land zusammen

Zum Tag der Deutschen Einheit erklären die **Vorsitzenden von DIE LINKE, Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann sowie der Vorsitzende der Linksfraktion, Rico Gebhardt:**

„Es ist höchste Zeit, fortschrittliche Konzepte aus dem Osten endlich umzusetzen – und zwar im ganzen Land! Das wäre praktische Wertschätzung und würde die Menschen zusammenführen. Zur Wertschätzung gehört auch: Menschen in Ost- und Westdeutschland sollten für die gleiche Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Ostdeutsche müssen zudem in Führungspositionen endlich angemessen repräsentiert werden.“

Es ist schlimm genug, dass die Regierungen 33 Jahre verstreichen ließen, bis der gleiche Arbeitslohn in Ost und West nun endlich den gleichen Rentenanspruch einbringt. Solches Warten erzeugt Frust – damit muss Schluss sein. Knapp jeder fünfte Ostdeutsche erhält derzeit weniger als 13 Euro brutto pro Stunde. In Sachsen wird mehr als ein Viertel der Vollzeitbeschäftig-

ten mit einem Hungerlohn abgespeist – und die Staatsregierung schafft es noch nicht einmal, gute Löhne zur Voraussetzung für staatliche Aufträge zu machen!

5 Ostdeutsche Errungenschaften, die das ganze Land 33 Jahre danach noch übernehmen sollte:

- ✓ Mehr **Bildungsgerechtigkeit** durch längeres gemeinsames Lernen
- ✓ Bessere Gesundheitsversorgung mit **Polikliniken**
- ✓ **Weniger Lohnungleichheit** zwischen den Geschlechtern
- ✓ Wertschätzung für Rohstoffe und **Produktanglebigkeit**
- 😊 Das (echte) Jägerschnitzel

www.dielinke-sachsen.de

Der Osten ist nicht Dunkeldeutschland, sondern er hat viele Errungenschaften für ein gerechtes Land einzubringen: Längeres gemeinsames Lernen sorgt dafür, dass alle Kinder bis zuletzt alles erreichen können. Polikliniken lindern den Ärztemangel und stützen die Gesundheitsversorgung – auch Ganztags-Polikliniken sollten geschaffen werden. Es ist hier die Regel, dass alle Kinder in der Kita gebildet werden. Die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau sind im Osten geringer, mehr Frauen können in Vollzeit arbeiten. Nicht zuletzt gibt es ein Bewusstsein dafür, Wertstoffe nicht einfach wegzuerwerfen, sondern sie wiederzuverwenden.

Nach 1990 wurden viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht. Viele Menschen erlitten harte persönliche Umbrüche und haben Angst davor, das in den letzten Jahren Erarbeitete zu verlieren.

Wir werden weiter Druck machen, um Ungerechtigkeiten zu beenden und neue Ungerechtigkeiten zu verhindern.“



Landesseniorenkonferenz zum Thema Pflege

Siegfried Schlegel An der der Landesseniorenkonferenz „Pflege geht uns Alle an – ob stationär, ambulant oder familiär – gemeinsam statt einsam“ am 5. Oktober in der „Alten Baumwolle“ in Flöha der Landtagsfraktion DIE LINKE nahmen auch Genossinnen und Genossen aus dem Leipziger Stadtverband teil. An der Podiumsdiskussion zur Verantwortung der Bundesebene

beteiligten sich neben Susanne Schaper und Rico Gebhardt von der Landtagsfraktion und unserem Bundestagsabgeordneten sowie Leipziger Stadtrat Sören Pellman auch Sebastian Wegner als Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität. Grußworte überbrachten der Flöhaer Oberbürgermeister Volker Holuscha und Siegfried Schlegel von der Landesseniorenvertretung Sachsen und

formulierten Erwartungen an die Politik von Bund, Land und Kommunen. An den Diskussionen zu den Handlungsbedarfen bei der Pflege beteiligten sich auch Angela Gronwaldt vom Regionalverband der Volkssolidarität, Carsten Tanneberger, Regionalleiter Paritätischer Wohlfahrtsverband Chemnitz – Landkreis Zwickau und Andreas Märten, Geschäftsführer Service Pflege Leipzig.



Fotos: DIE LINKE. Sachsen

„Wir wollen nur die Erde“

Michael Neuhaus Warum irische Linke ihr politisches Festival auf einer kleinen Insel veranstalten

„We only want the earth“. So lautete das Motto des politischen Festivals der irischen Genossinnen und Genossen von Left Bloc, das vom 8.-10. September auf der kleinen Insel Inis Oirr an der Westküste Irlands stattfand und an dem ich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung teilnehmen durfte.

Das Motto beruht auf einem gleichnamigen Song des irischen Sozialisten und Republikaner James Connolly aus dem Jahr 1907. Dort heißt es, bezugnehmend auf jene, die der Arbeiterbewegung vorwerfen, dass sie zu viel fordern würde: „Unsere Forderungen sind sehr bescheiden. Wir wollen nur die Erde“.

James Connolly wurde nach dem Scheitern des Osteraufstands 1916 als Anführer der Irish Citizen Army von britischen Besatzern in Dublin hingerichtet.

Für die meisten Teilnehmenden hieß die Auswahl eines Ortes, der sprichwörtlich am Arsch der Welt liegt, nicht weniger als eine lange Autofahrt quer durchs Land, um dann hoffentlich noch pünktlich eine der Fähren zur Insel zu erreichen.

Da kann man sich durchaus die Frage stellen „Warum nicht einfach Dublin?“. „Damit niemand abhauen kann und ihr miteinander diskutieren müsst“, beantwortete Stiofán Ó Nualláin, einer der Organisatoren, diese Frage in seinem Eröffnungsstatement. Und auch wenn ich froh bin, dass bislang niemand auf die Idee gekommen ist, die deutsche Linke ein Wochenende lang auf Helgoland einzusperren, um die vielen offenen Fragen endlich zu klären und die Antwort von Stiofán sicher nur bedingt ernst gemeint war, so lag in dieser Antwort doch ein Bewusstsein, dass sich durch das ganze Wochenende ziehen und mich nachhaltig beeindrucken sollte: „Wir machen das hier nicht (nur) aus Spaß. Wir wollen die Erde“.

Anders kann ich mir zumindest nur schwer erklären, wie die irischen Genossinnen und Genossen es jeden Morgen aufs Neue schafften, wieder pünktlich auf ihren Plätzen zu sitzen und höchst motiviert dem tagfüllenden Programm zu folgen und um die besten Lösungen zu ringen. Trotz aller politischen Unterschiede, die es auch in der irischen Linken zuhauf gibt. Und ambitioniert war das Programm alle mal. Alle Teilnehmenden wurden in eine von drei Gruppen einsortiert. Meist wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ein und derselben politischen Organisation auf die unterschiedlichen Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe besuchte dann andere Workshops und Vorträge. Für mich hieß das beispielsweise am Samstag: 10 Uhr „Kubas Lebensaufgabe. Den Klimawandel bekämpfen“, 11:30 Uhr „Eine antiimperialistische Antwort auf die Landfrage“, 14 Uhr „Linke Ökonomie in Zeiten der Krise“, 15:30 Uhr „Peadar O Donnell – ein irischer Marxist“ und 16:30 Uhr „Der Zustand des Kapitalismus“. Danach ging es zum Abendessen in eine der drei Inselkneipen, wo dann noch der ein oder andere Song der Irish Republican Army gesungen wurde.

Was mir dabei noch länger im Gedächtnis geblieben ist als das dumpfe Dröhnen des Guinness am nächsten Morgen, ist das unglaublich hohe Niveau der Diskussionen und Referentinnen und Referenten. So analysierte beispielsweise der griechische Ökonomie-Professor und ehemalige Syriza-Abgeordnete Coostas Lapavistas, dass der starke Staat zwar das Feindbild der Neoliberalen sei, die Kapitalverwertung ohne ihn jedoch längst zusammengebrochen wäre. Am stärksten beeindruckte mich jedoch Bernadette Devlin McAliskey, welche die Abschlussrede des Festivals hielt. Sie saß von 1969 bis 1976 im nordirischen Parlament und gilt in der irischen Linken als eine lebende Legende. Als der britische Innenminister

Reginald Maudling 1972 nach dem Bloody Sunday Massaker sagte, die britischen Truppen hätten zur Selbstverteidigung geschossen, ohrfeigte sie ihn. Als sie später einmal gefragt wurde, ob sie etwas daran bereute, sagte sie: „Ich bedaure nur, dass ich ihn nicht hart genug geschlagen habe.“ Ihr Engagement hatte gravierende Folgen für sie und ihre Familie. 1981 drangen Mitglieder der paramilitärischen Ulster Defence Association in ihr Haus ein und schossen sie und ihren Mann mit mehreren Schüssen nieder.

Mit der politischen Arbeit aufgehört hat sie dennoch nicht. Ganz im Gegenteil. In ihrer Rede gab sie sich kämpferisch. Sie erinnerte an all die Menschen, die unter dem kapitalistischen System leiden und daran, dass wir als Linke eine Welt zu gewinnen haben. Oder wie es bei James Connolly heißt:

*We need not kneel, our cause is high
Of true men there's no dearth
And our victorious rallying cry
Shall be: we want the earth!*



„The Future is Ours to Reclaim“

Johanna Glameyer Sommeruniversität 2023

Vom 6.- 9.7.2023 fand die internationale Sommeruniversität von European LEFT und transform!europe in Ljubljana/Slowenien statt. Die Teilnehmenden erwartete ein dichtes Programm mit Gelegenheiten, sich auszutauschen, Netzwerke zu bilden oder vertiefen, Forschungsergebnisse und Kampagnen kennen zu lernen.

Die Eröffnungsrede hielt Walter Baier, Präsident der Europäischen Linken, Österreich. Das beunruhigende Anwachsen neoliberaler und neofaschistischer Gruppen, Parteien, Regierungen nehme durch steigende prekäre Lebenssituationen vieler Menschen und damit einhergehenden Politik- und Wahlmüdigkeit zu. Die europäischen linksorientierten, ökologischen, feministischen, anti-rassistischen, anti-faschistischen Parteien und Bewegungen sollten ihre Kräfte bündeln – denn, es gäbe mehr Verbindendes, als Trennendes. Nur gemeinsam ließe sich die Idee von Frieden, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Balance in der Welt glaubwürdig in Einklang bringen mit Bedürfnissen und Notwendigkeiten täglichen Lebens. Besonders erfreulich sei die Teilnahme so vieler junger Menschen. Sie seien vielfältigen Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten ausgesetzt, welche ausgehalten und überwunden werden müssen, um eine zukünftig lebenswerte Welt gestalten zu können. Auch das sollte mit dem Titel der Veranstaltung ausgesagt werden: Erobern wir uns als Linke und als junge Menschen die Zukunft zurück.

Mit Blick auf das weltweite Erstarken nationalistischer bis neo-faschistischer Parteien wird das Engagement linksorientierter Parteien zur Europawahl als besonders wichtig angesehen. Es braucht, so Vertreter*innen der Europäischen Linken, Intelligenz, breite Kenntnis über die verschiedenen Gruppen und Strömungen, wohl überlegte Herangehensweisen, gute Organisation und starke Einheit, um dem rechten Flügel etwas entgegen zu setzen. Ein Gegenpol muss aber auch geschaffen werden, um die derzeitige, explosive Mischung aus sozialen Entwicklungen und Folgen aus dem Krieg in der Ukraine, Ängsten vor dem Einsatz nuklearer Waffen, die Verkettung von Rüstung und Krieg mit dem Klima zu entschärfen. Linke Kräfte sehen die Notwendigkeit, konkrete Hilfsangebote für Menschen bereitzustellen und solidarisch zu handeln, um die vielfältigen Herausforderungen zu meistern und Wähler*innen zu gewinnen bzw. zu halten.

Anhand des Eurobarometers stellte Cornelia Hildebrandt, Co-President of transform!europe, Deutschland einige Punkte deutlicher heraus. Hier zeigt sich erhöhte Sorge der Menschen in Europa über steigende Lebenshaltungskosten gegenüber 2019.



Auch das Klima spielte erstmals eine sorgenvolle Rolle. Die Arbeitslosenzahlen in den EU-Staaten nähern sich immer weiter an, die reale Lohntendenz nimmt ab, das Sparverhalten, seit Beginn des Ukraine-Krieges, zu. Inflationsraten in den Ländern der EU liegen zwischen etwa 5 und 12 %. Diese Entwicklungen bereiten den Boden für neo-liberale Regierungsübernahmen.

Sicher ist, die Rechte wird nicht einfach wieder verschwinden, bemerkte Pedro Giraldo-Chaves, Instituto Republica e Democracia (Spanien) und erklärte, dass der Staat eine ganz entscheidende Rolle im Prozess der Neoliberalisierung spielt. Wir müssen verstehen, dass die „rechte“ Übernahme von Staaten durch private Interessen bestimmt werde und damit ebenso die politische Agenda. Genau so wichtig sei es, die Bedingungen zu verstehen, unter denen Neoliberalität zunimmt sowie die Rolle der Gruppierungen rechts außen.

Jan Kavan, ehemaliger tschechischer Außenminister, stellvertretender Ministerpräsident und Präsident der Generalversammlung der UN, sieht durch den Sieg der sog.

freien Marktwirtschaft einen neuen Kalten Krieg entstehen. Wenige werden immer reicher und viele leben in zunehmender Armut. Dies führt zu gewaltvollen Handlungen und abnehmendem Interesse an friedlichem Miteinander. Eine Gegenentwicklung ist dringend notwendig.

Das Zunehmen verbaler Aggression und „rechter Termini“ verzeichnet Svetlana Slapsak, Anthropologin, Philologin, Historikerin, Schriftstellerin aus Ljubljana. Sie hat zur Entwicklung von Hassrede/n in Slowenien in den vergangenen Jahren recherchiert und geschrieben. Als problematisch bezeichnet sie den teilweisen groben Missbrauch der Redefreiheit in rechtsorientierten Kreisen, der immer mehr auch in Regierungskreisen geduldet und zunehmend sogar übernommen wird.

An anderer Stelle wies William Feys, vom Observatory of transparency in drug policies, Frankreich, darauf hin, dass für Menschen in prekären Situationen eine gute gesundheitliche Versorgung immer schwieriger wird. Wenn es nicht möglich sei, Originalmedikamente zu bezahlen, dann müssen erschwinge Alternativen zur Verfügung gestellt werden. Er forderte Transparenz und die Rückverlegung der Medikamentenproduktion nach Europa, um mehr Kontrolle über Standorte, Herstellung, Verfügbarkeit, Marktstrategien, Investitionen, Preispolitik, Gewinne, Programme, Konzepte und Vorgehensweisen zu erhalten.

Ebenso muss es für bezahlbaren Wohnraum in Europa funktionierende Lösungen geben. Denkbar sind z. B. Gesetze, die Strafen auf absichtlichen Leerstand von Wohnraum und zweckentfremdete Vermietung verhängen. Die Mietexplosion muss gestoppt werden, Wohnungen müssen tatsächlich als dauerhafter Wohnraum genutzt werden können und profitorientiertes Spekulationsverhalten von Eigentümern muss uninteressant sein.

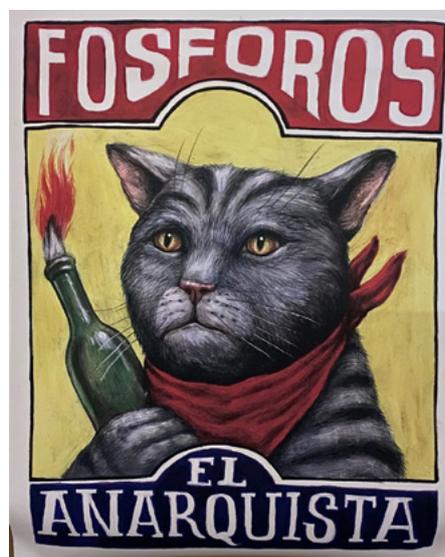


Foto: Privat

Neben anderen sprach Valentina Skafar, Mitglied der Europäischen Linken und Levice, über „digitale Revolution“. Sie benannte die Notwendigkeit, aus marxistischer Sicht den Einfluss digitaler Technologie auf Arbeit und Arbeiterklasse zu analysieren. Wenn zukünftig Roboter immer mehr Arbeiten übernehmen, so reduziert dies bisherige Arbeitsplätze. Auch im Hinblick auf die EU-Wahl sind linke Positionen zu klären und Antworten zu finden auf Fragen, die sich aus einem digital veränderten Arbeitsmarkt ergeben: Wie/ Ist Arbeitskraft weiter zu verkaufen, wenn die Arbeit von Robotern erledigt wird? Wem gehören die Roboter? Wer erhält den Gewinn daraus? Müssen Arbeiter*innen sich der Automatisierung anpassen und gewissermaßen „robotisieren“? Welche gesundheitlichen Auswirkungen kann Digitalisierung bewirken?

„Frieden ist unser Sieg“ hieß eine Veranstaltung, die Heidi Meinzolt, WILPF-Women's International League for Peace and Freedom (Deutschland) mit dem Zitat „Frieden ist das Geschenk, die Zukunft zu sehen.“ eröffnete. Sie führte aus, dass die feministische Definition von Krieg der Aufzählung Militär - Patriarch - Kapitalismus gleichkommt. Frieden und friedvolles, gewaltfreies Handeln ist nicht verwurzelt in unserer Gesellschaft. Es wird als „weich“ und „weiblich“ stigmatisiert. Heidi Meinzolt sieht eine zunehmende Präsenz von Gewalt- und Kriegsrhetorik in den sozialen und Informations-Medien, wodurch Hemmschwellen auch zu gewaltvollem Handeln reduziert werden.

George Katrougalos, Präsident der parlamentarischen Gruppe der Vereinten Linken im EU-Rat und Jan Kavan sprachen sich auf der Grundlage des unglaublichen Leids und der Zerstörung sowie der Einschätzung, dass der Krieg in der Ukraine von keiner Seite zu gewinnen ist, für eine Feuerpause, Friedensverhandlungen und das Ende der Waffenlieferungen aus. Beide sehen die Gefahr eines nuklearen Krieges und sind überzeugt, dass alles Erdenkliche getan werden müsse, um die Eskalation zu stoppen. Opposition hierzu ist natürlich zu erwarten von all denen, die an Kriegen Geld verdienen.

Didem Aydurmus, Ko-Koordinatorin in der Ökologie AG von European Left, Mitglied des Vorstands von Die Linke Deutschland, beschrieb die Rückbezüglichkeit zwischen Militarisierung und Klimawandel - Militarisierung ist sowohl Auslöser wie Folge des Klimawandels. Kriege sind ein Katalysator des Klimawandels, sie belasten das Klima wie wenig anderes, und gleichzeitig werden Kriege zunehmend aufgrund des Klimawandels geführt. „Der Einsatz von Waffen führt zu einer Spirale des Leides. Nachhaltigkeit braucht Frieden mehr als je zuvor. Klimapolitik kann auch eine Gelegenheit darstellen, die Rolle der Friedenspolitik neu zu definieren. Der Unterschied zwischen zwei und

vier Grad Erwärmung ist die Zivilisation - ab zwei Grad wird die Erde für die Menschheit unbewohnbar.“

Amar Bellal, Verantwortlicher des Ökologie-Resorts der Kommunistischen Partei Frankreichs, erklärte das große Interesse der Militärs und Militärindustrie an Klimafragen, da jede Veränderung des Klimas eine Auswirkung auf zukünftige Auseinandersetzungen hat - besonders, wenn wir uns zu denken erlauben, dass die Erde aufgrund klimatischer Veränderungen nur noch 1/3 der momentanen Bevölkerung ernähren kann. Schon heute gibt es Länder, die Kompensation für ihre klimabedingten Schwierigkeiten verlangen. Beides wird zunehmen und zu mehr Konflikten führen. Etliche Länder sind bereit, ihren Fußabdruck zu verkleinern - dazu gehört auch die Reduktion der Armeen. Aber: Die reichsten Länder sind die, die Waffen exportieren. Durch die Verlagerung der Investitionen vom Klimaschutz in Militärausgaben wird die Klimaproblematik rapide verstärkt. Es ist ein Irrtum zu denken, dass wir die ökologischen Probleme lösen können, ohne die menschlichen zu lösen. Und ergänzend pointierte Gavin Rae, Soziologe vom Warschauer think tank Naprzód/ transform!europa (Polen): „Wenn die Militarisierung der Welt und der Kapitalismus so weiter voranschreiten wie bisher, wird dadurch die Lebensgrundlage der Menschheit zerstört.“

„100 Shades of the EU“ lautet eine Studie zu Demokratie und Ökonomie in den (Peripherie-)Staaten der EU. Veronika Sušová-Salminen, Historikerin, Co-Autorin der Studie (Tschechische Republik und Finnland) weist auf die großen Unterschiede zwischen den zentralen Ländern der EU und den Randstaaten hin. Das Zentrum ist das Zentrum, weil es die Peripherie gibt. Eine wirkliche Integration habe noch nicht stattgefunden, sondern oft eher die Anpassung als „neo liberaler Staat“. Tatsächlich finde sich in den meisten osteuropäischen Ländern ein Zuwachs an Armut und politischer Orientierung zum rechten Flügel. Erstes bedingt zweites.

Wie also können die Peripherie-Staaten individuell integriert werden - denn das gleiche Modell passt nicht überall. So herrschen in der EU asymmetrische Macht-Beziehungen, existieren unterschiedliche Wirtschaftsmodelle und Industrialisierungsstandards, verschieden große Absatzmärkte, oft Abhängigkeit vom Geldfluss der Mittelstaaten. Es mangelt an Kommunikation zwischen den Staaten, da eine regionale Orientierung ausgeprägt ist. Durch den fehlenden Austausch untereinander fehle es auch an Kenntnis übereinander. Was sich fremd ist, wächst schwer zusammen.

In den Schlussbemerkungen beschäftigten sich Walter Baier, Cornelia Hildebrandt und Matej Tašner Vatovec, Vorsitzender der parlamentarischen Gruppe von Levice (Slowenien) mit dem Ruf nach Veränderungen. Alternative demokratische, sozial ökonomische Modelle müssen von linker Seite erst entwickelt werden. Es solle dies eine Alternative zum deutschen Modell sein und auf alle politischen Ebenen übertragbar. Ebenso werden Alternativen zu Automobilität, Rüstungsindustrie und Militarisierung benötigen. Integration und Entwicklung können nur unter friedlichen Bedingungen stattfinden! Wir müssen Frieden sichern und Rüstungsexporte stoppen, Kostenlastungen bei steigenden Preisen für Sprit-, Strom-, Heizkosten und Mieten herbeiführen, für faire Löhne und armutssichere Renten kämpfen.

Die großen Gegner der Linken sind Krieg, Invasion, Armut, Fremdenfeindlichkeit, Waffen, Zerstörung, Ungleichheit, Ausbeutung. Es braucht, so Jan Kavan in einem seiner Beiträge, Frieden und Menschlichkeit, um die Probleme der Welt anzugehen. Gemeinsam sind Veränderungen und Siege möglich. Konzentrieren wir uns also auf das, was uns vereint und zeigen unsere vereinte Stärke im Einsatz für eine gleichberechtigte, solidarische, friedvolle, ökologisch stabile, lebenswerte Welt für alle Menschen.



Foto: Privat

Mit Siegmund Jähn zur Solaranlage

Dr. Volker Külöw Mit 227 Standorten und über 11.000 Garagen auf kommunalen Flächen sind die Garagenhöfe aus Leipzigs Stadtbild nicht wegzudenken. Die größte Anlage dieser Art ist mit einem Areal von 3,2 Hektar und 788 Pächterinnen und Pächtern die Garagengemeinschaft in Mockau-Ost. Sie wurde 1978 auf dem ehemaligen Gelände eines Werkes des Leipziger Rüstungskonzerns HASAG gegründet und in Eigenleistung von vielen Bürgerinnen und Bürgern errichtet. Die Garage Nr. 1 wurde damals symbolisch an Sigmund Jähn übergeben, der kurz zuvor als erster Fliegerkosmonaut der DDR nicht nur republikweite Berühmtheit erlangt hatte.

Zu den Sternen will man hier 45 Jahre später unter Leitung des Vereinsvorsitzenden Norbert Bänsch gewiss nicht reisen, aber durchaus Pionierland betreten. Auf rund 1,5 Hektar Dachfläche soll eine Photovoltaikanlage errichtet werden, die ausreicht, über 1.000 Wohnungen mit Strom zu versorgen; ein paar öffentlich zugängliche Ladesäulen für E-Autos eingeschlossen. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist ein Erbbaupachtvertrag mit der Stadt, damit sich die Investitionen für die Solaranlage amortisieren – mindestens 40 Jahre. Die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind von Herrn Bänsch,

ein Mann mit langjähriger Berufserfahrung in der Energiebranche, plausibel durchgerechnet.

Jetzt ist das Liegenschaftsamt, das zum Dezernat Stadtentwicklung und Bau von Thomas Dienberg (Bündnis 90/Die Grünen) gehört, am Zuge, ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Bislang tut man sich beim grünen Bürgermeister aber etwas schwer mit dem Projekt, wie wiederholtes Nachhaken des „garagenpolitischen“ Sprechers der Linksfraktion, Dr. Volker Külöw, ergab.

Das war einer der Gründe, warum der Verein nunmehr den Klimabürgermeister Heiko Rosenthal (DIE LINKE) am 5. Oktober zum Vororttermin einlud, um bei dem Vorhaben auch um seine Unterstützung zu werben. Das Treffen verlief in einer sehr konstruktiven Atmosphäre und der linke Dezernent sicherte zu, mit seinen Möglichkeiten das Vorzeigeprojekt für eine nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben. Im Falle des Erfolgs würde dann nach einer ironischen Bemerkung vom Vereinsvorsitzenden an der Sigmund-Jähn-Garage unmittelbar die Heiko-Rosenthal-Allee beginnen.



Foto: Privat
v.l.n.r.:
Volker Külöw
Norbert Bänsch
Heiko Rosenthal

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im September

Klimabeirat auf den Weg gebracht

Der Stadtrat beschloss mit großer Mehrheit auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD durch Änderung der Geschäftsordnung der Ratsversammlung einen Klimaschutzbeirat zu bilden einschließlich dessen Zusammensetzung mit Vertretern aus Wirtschaft, Wohnungswirtschaft, Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Umweltverbänden und Jugendparlament.

Stadtteilstofffläche

Paunsdorf-Heiterblick

Seit Jahren bemühen sich die Wohnungsmarktakteure sowie in Paunsdorf ansässige Vereine wie der Jugend- und Altenhilfeverein einen Festplatz für das Wohngebiet Paunsdorf-Heiterblick. Als ehemaliger Stadtrat nahm sich Siegfried Schlegel der Sache an und initiierte einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD, wie Anja Feichtinger von SPD in der Ratsversammlung anmerkte. Nunmehr prüft die Verwaltung bis Ende des 3. Quartals geeignete Stadtorte in der Großwohnsiedlung Paunsdorf zur Einrichtung einer nutzbaren

Stadtteilfläche für Stadtteilstoffe, Kultur- und Sportveranstaltungen mit Beteiligung der Bewohner und Wohnungsmarktakteure und legt im IV. Quartal einen ausreichend dimensionierten Standortvorschlag vor. Die Stadtverwaltung hatte den Antrag befürwortet und schlug ergänzend den Standort einer Rettungswache vor. Der Antrag wurde mit dieser Ergänzung einstimmig beschlossen.

Baubeschluss zur Grundschule Gundorf

Einstimmig fasste die Ratsversammlung den Baubeschluss zur Modernisierung, Erweiterung und Interim der Grundschule Gundorf in der Leipziger Str. 210. Da der Ortskern von Gundorf wie bei anderen städtischen Quartieren von hoher Dichte geprägt ist, was auch auf benachbarte Grundstücke zutrifft, musste besonders sensibel geprüft und geplant werden. Soll doch die Schulstandorterweiterung für eine 1,5 zügige Grundschule nach § 34 des Baugesetzbuches genehmigt werden. Dieser besagt, dass sich Bauvorhaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung der Umgebung anpassen müssen, besonders sensibel zu betrachten. Auch die Mitglieder des Frak-

tionsarbeitskreises 3 und die Mitglieder im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau prüften die Planungen und Informationen besonders sorgsam. So wurde eine Belichtungsstudie von der Verwaltung veranlasst. In dessen Ergebnis wurde die Geschosshöhe des Verbindungsneubaus auf 2-geschossig reduziert, der südlich eines Wohnhauses errichtet wird.

Der Erweiterungsbau mit Walmdach in Nord-Südrichtung entlang des Gundorfer Kirchweges - der zwei Leichtbauten ersetzt - trägt in der Kubatur und der Architektursprache den vorhandenen Gebäuden in der Nachbarschaft sowie dem Denkmal- und Ensembleschutz Rechnung. Dadurch können Schülerinnen, Schüler und Pädagogen, welche vom Obergeschoss des historischen Schulgebäudes in das gleiche Geschoss des Erweiterungsneubaus oder umgekehrt wechseln, ohne Treppen benutzen zu müssen. Gleichzeitig wird durch die Zweigeschossigkeit notwendige Geschossfläche ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Grundstücksfläche realisiert. Dadurch kann Großgrün erhalten bzw. geschaffen werden.

Umsteuern – Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum umverteilen.

„Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen.

Kein Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nur rund ein Prozent. Allein die sechs reichsten Milliardär*innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent.

Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst.

Holen wir uns das Geld zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr 100 Milliarden Euro bringt - für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr belastet.

So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle. **Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!**

DIE LINKE fordert:

- 1. Superreiche und Konzerne gerecht besteuern!** Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Wir wollen außerdem eine einmalige Abgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro erheben, um damit die Kosten der Krise zu bezahlen.
- 2. Krisengewinne abschöpfen!** Die Extraprofite der Rüstungskonzerne und Energieunternehmen müssen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden.
- 3. Das Bürgergeld anheben:** Das Bürgergeld muss um 200 Euro angehoben werden. Menschen mit geringem Einkommen sollen ein monatliches Inflationsgeld bekommen: 125 Euro für jeden Haushalt plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt.
- 4. Menschen entlasten!** Die Löhne müssen steigen und so die Inflation ausgleichen.

📍 Weitere Infos hier: <https://gleft.de/50q>



SPD – Stadtrat Christian Schulze merkte in der Ratsversammlung, dass im Rahmen der Eingemeindung von Böhlitz-Ehrenberg mit dem Ortsteil Gundorf 1999 den Bewohnern von der Stadt Leipzig die Erweiterung des Grundschulstandortes zugesagt.

Abschnittsweise Sanierung Siegfriedplatz in Löbnig

Einstimmig beschloss der Stadtrat den Antrag der CDU-Fraktion zur Sanierung des Siegfriedplatzes in Alt-Löbnig in der Fassung des Verwaltungsstandpunktes. Der Stadtbezirksbeirat Süd hatte sich wiederholt damit befasst und sich zusammen mit der Stadtverwaltung bereits darauf verständigt, dass abschnittsweise beginnend mit den dringend zu sanierenden Treppen und Wegbeziehungen, nachfolgend Sitzbänke und neue Spielgeräte und Baumpflanzungen. Dies gab auch der Verwaltungsstandpunkt so beschrieben, den der Stadtrat einstimmig beschloss.

Konflikte zwischen Anwohnern und Wave-Gotik-Veranstaltung

Eine Anwohnerin hatte sich im Rahmen einer Einwohneranfrage über vielfältige, nicht

hinnehmbare Belastungen beschwert und befürchtet für sich sowie andere Bewohner im Bereich der Dölitzer Helenenstraße irreversible Gesundheitsschäden. Dies verband sie mit der Forderung, dass die Veranstaltungen im „Heidnischen Dorf“ im Rahmen des Wave-Gotik-Treffen (WGT) ab kommenden Jahr nicht mehr im Agra-Park stattfinden soll. Alternativ solle die Stadt den Privathaushalt in Markkleeberg-Wachau kaufen.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch auf Konflikte durch die Ableitung des Autoverkehrs vom monatlich am Torhaus Dölitz stattfindenden Flohmarkt angemerkt, was auch durch einen weiteren Einwohner angefragt worden war.

Ausbau Standort Städtisches Klinikum St. Georg

Der Stadtrat fasste zwei Beschlüsse zum Ausbau des städtischen Eigenbetriebs St. Georg auf dem Standort Delitzscher Straße so in die stadt- und gebäudetechnische Erschließung. Beschlossen wurden die Zuordnung eines städtischen Grundstücks sowie städtische finanzielle Zuwendungen neben den Eigen- und Kapitalmitteln des Klinikums.

Planungs- und Baubeschlüsse für Schulen und Kitas

Der Stadtrat fasste den Planungsbeschluss für Komplexsanierung und Erweiterung des Schulgebäudes der Kurt-Biedermann-Förderschule in der Garskestraße im Grünauer WK 5.1. Auch für das künftige Schulzentrum im Grünauer WK 7 müssen durch Baukostenerhöhung fast 5 Mio. Euro zu den beschlossenen 52 Mio. Euro bereitgestellt werden. Für die Erweiterung der Kindertagesstätte Tarostraße müssen durch Baukostenerhöhung über 1 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Auch für das Bauvorhaben Umbau Bestandshaus zu Schulgebäude für das Gymnasium Schraderhaus / Heinrichstr. 36 A müssen über 6 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

Billigung und Auslegung Wohnquartier Löbniger Straße

Der Stadtrat fasste den Billigungs- und Auslegungsbeschluss für das Stadtquartier Löbniger Straße mit Wohnbauten als Teilplan des Bebauungsplans „Stadtraum Bayerischer Bahnhof“ verbunden mit der Hoffnung, dass zeitnah mit dem innerstädtischen Wohnungsbau begonnen wird.

Erdbeerfelder und Novembermorgen

Daniel Merbitz Legendäre Lyrikzeitschrift „Poesiealbum neu“ spürt dem Klimawandel nach

Den Rahmen dieses Gedichtbandes bilden zwei kurze Essays, am Anfang von Karsten Schwanke, Meteorologe und Fernsehmoderator, und am Ende von Franz Ossing, langjähriger Chef der Öffentlichkeitsarbeit am Deutschen Geoforschungszentrum und Mitglied bei Scientist for Future.

Es ist der Ernst der klimapolitischen Lage, in der auch die Wissenschaft unter Beschuss und Rechtfertigungsdruck steht. Ohne Belehrungseifer und mit Sachlichkeit entfalten sich die faktengestützten Gedanken der beiden Wissenschaftler zum Klimawandel.

Diese neue Ausgabe der Lyrikzeitschrift „Poesiealbum neu“ versammelt Gedichte zum Thema Klimawandel. Und damit ist auch das gesellschaftliche Klima sowie das Beziehungsklima gemeint. Die meistens befassen sich tatsächlich aber mit dem Wetter-Klima. Franz Ossing hat es so formuliert: „Die Frage, die sich heute stellt, ist neu: eine Änderung des menschlichen Lebensraums, die in Raum und Zeit erdgeschichtliches Ausmaß hat. Diese Erkenntnis müssen auch die LiteratInnen erst einmal aufnehmen. Es wird spannend sein zu sehen, wie die Kunst mit dieser, auch für sie umwälzenden neuen Situation umgehen wird.“

Erica Natale, in Turin geboren, zeigt einen „Novembermorgen“ mit Herbstblättern, Schnee und Himmelblau: „Irgendwo tagt die Klimakonferenz / und in unserem Garten wird es Winter wie ehemals.“ Die in Rheda-Wiedenbrück lebende Lyrikerin Eline Menke beschreibt eine Klimalotterie: „Frühreife Fische / haben es eilig / in der Liebe.“ Überleben wird mit Glück: „Ein grüner Spielzeugelefant.“ Renate Maria Riehemann aus Osterode am Harz hat die „Geldgeier im Fadenkreuz“: „Der schwarze Vogel jammert, fleht / will über Tal und Schatten fliegen“.

In ernsten Dingen heiter zu sein – auch um dem falschen Eindruck von grünen Bekenntnisgedichten von vornherein entgegenzutreten – gelingt Wolfgang Uster. Der 1951 in Hannover geborene Lyriker nimmt fröhlich mit seinem Gedicht „Bajuwarischer Sommer-Optimismus“ die Ignoranten aufs Korn: „Die Gletscher schmelzen / da geht der Bayer halt auf Stelzen.“

Stefan Kabisch, Arzt und Dichter aus Eilenburg beklagt die entrückte Welt der FIFA-Funktionäre und

schlägt vor: „...die nächsten Sommerspiele / Beachball am / Mont Blanc!“ Einfach schön und zu Tränen rührend: „Bleiben ist nirgends“ von der in Hamburg lebenden Lyrikerin und Journalistin Maren Schönfeld. „Wir wehen durch unsere Häuser“, heißt es bei ihr. Ein Destillat im doppelten Sinne kredenzte Natalja Althaus bei, die in Den Haag, Moskau und Berlin aufgewachsen ist: „Im Osten füllen sie / Wassergläser vodkavoll.“ Ihr Gedicht „Musika II“ ist reduziert, eingedampft und dadurch stark.

Sonja Crone, 1982 in Speyer geboren, steuert ein farbiges Acrylgemälde namens „Erdbeerfelder“ und ein Gedicht bei. Die in Basel lebende Künstlerin und Lyrikerin spannt kurz den sehr langen Bogen zwischen der Lust auf Erdbeerfelder („rot leuchtend aus der Ferne“) und dem versiegenden Trinkwasser auf.

Eine gestalterisch gelungene Idee ist in der Mitte des Heftes zu finden, farblich abge-

setzt, eine Rubrik mit dem Titel „Zum Kennenlernen“. Ulrike Diez widmet sich hier verdienstvoll dem Literaturhaus Freiburg und dem Literatur Forum Südwest. Ein guter Reisetipp für Literaturfreunde.

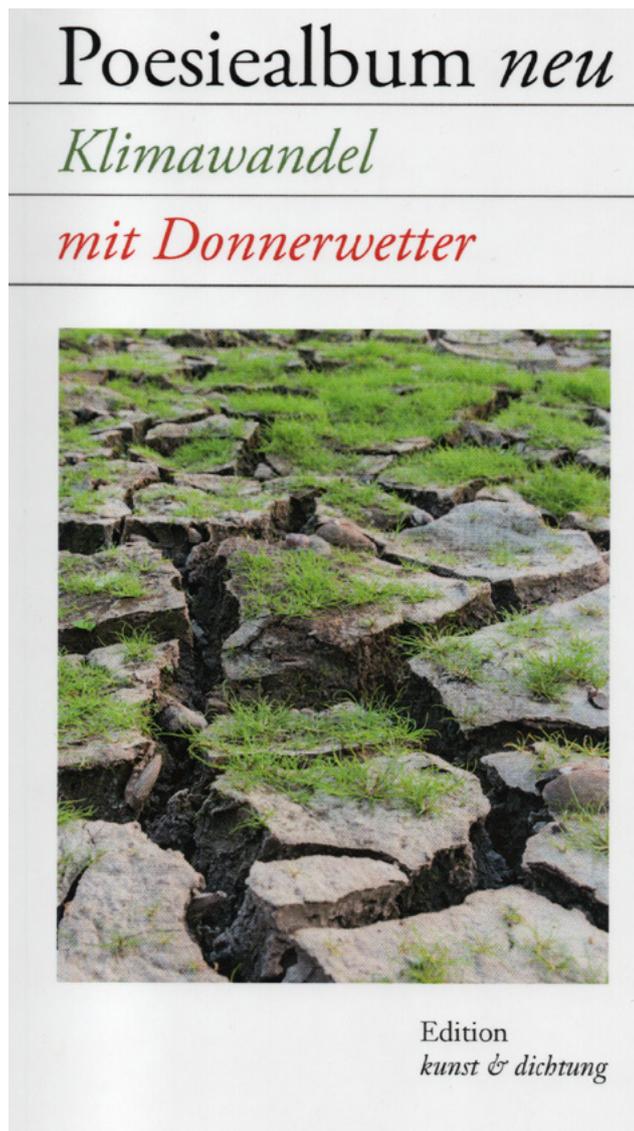
Hier wird gedichtet statt auf die Straße geklebt. Der einzige Kleber, der für diesen Band verwendet wurde, ist der für die Rückenbindung.

Das „Poesiealbum neu“ ist die Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL). Der Verein hat heute 280 Mitglieder aus acht Ländern und gilt als größte Vereinigung von Lyrikerinnen und Lyrikern im deutschsprachigen Raum. Das Erscheinungsbild der Hefte lehnt sich an die traditionsreiche Lyrikerreihe „Poesiealbum“ aus dem Verlag Neues Leben Berlin an, die dieser von 1967–1990 veröffentlicht hat. Ebenfalls im Jahr 2007 erlebte diese Lyrikerreihe eine zweite Wiedergeburt: im Märkischen Verlag in Wilhelmsdorf mit dem Begründer der Reihe, Bernd Jentzsch, unter dem alten Namen „Poesiealbum“. Das „Poesiealbum neu“ knüpft konzeptionell an die Sonderhefte der DDR-Lyrikerreihe an, die nicht wie die regulären Hefte einer einzelnen Autorin oder einem einzelnen Autor, sondern in anthologischer Weise der Vorstellung von Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alljährlichen Zentralen Poetenseminars der FDJ in Schwerin gewidmet waren.

Das „Poesiealbum neu“ ist eine sehr wichtige Lyrikzeitschrift im deutschsprachigen Raum und noch dazu eine, die der literarischen Tradition Ostdeutschlands entspringt und hier in Leipzig, der einstigen Hochburg der Verlage und Buchhändler, herausgegeben wird. Hoffentlich begreift irgendwann auch die Kulturförderung in der BRD, im Freistaat Sachsen und in Leipzig, welchen Schatz man hat. Auch finanzielle Unterstützung ist notwendig.

① „Poesiealbum neu. Klimawandel mit Donnerwetter“, Ausgabe 1/2023, Edition Kunst & Dichtung, Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik e.V., Leipzig, 2023, 92 Seiten, teils illustriert, Softcover, 7,80 Euro

Bestellungen per E-Mail an: kontakt@lyrikgesellschaft.de oder im Onlineshop: www.lyrikgesellschaft.de



Edition
kunst & dichtung



Peter Gärtner, Volker Külöw, Vania Amigo, Amanda Jara, Yolanda Marvel (v.l.n.r.), Foto: Ulf Braumann

Unvergessen: Victor Jara, die Musik war seine Arbeit ...

Michael Zock Amanda Jara auf ihrer Deutschlandtour in Leipzig zu Gast

Es gibt in dieser Stadt kaum einen Ort, wo Politik, Kultur und Geschichte so unverwechselbar aufeinandertreffen. Und das seit 1844, als der „Felsenkeller“, zunächst als Vergnügungsetablissemment, unübersehbar im Plagwitzer Straßenbild entstand und populär wurde. Theater, Tanz, Streit, Kämpfe und Politik gehören zu seiner nunmehr langen Geschichte. Namen wie Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Rosa Luxemburg oder Hermann Liebmann sind da, neben anderen, zu erwähnen.

Und nun ein zeitlicher und gedanklicher Riezenschritt ...

Vor 50 Jahren – im September 1973 – wurde Victor Jara im Stadion der chilenischen Hauptstadt erschossen. 44 Kugeln trafen ihn, tagelang quälten den 40-Jährigen die Soldaten von General Pinochet im Vorhinein. Bücher wie „Das Stadion“, Dokumentationen und der DEFA-Film „El Cantor“ erinnern an diese brutalsten Verbrechen und seine Opfer. Cantor-Darsteller und Sänger Dean Reed hatte Víctor Jara 1970 anlässlich der Amtseinführung Salvador Allendes kennengelernt. Die Produktion beruht auf den letzten drei Lebenswochen Jaras. Im Vorfeld der Dreharbeiten sprach Reed mit Jaras Witwe Joan Turner-Jara und weiteren Weggefährten des legendären Sängers. Aber: Jaras Name wird im Film nie genannt. Reed singt mehrere seiner Lieder, darunter auch Venceremos.

Die Universitätsstadt Leipzig und das Herder-Institut wurden in diesen Krisen Jahren schnell zur Heimat auf Zeit vieler Chilenen. Einige bauten sogar in den 1970er-Jahren hier in Plagwitz am Jugendclub „Victor Jara“ mit. Nach drei Jahren wurde ein vergessener ehemaliger Keller des Areals zu einer angesagten Adresse. Sie wird demnächst wieder zu neuem Leben erweckt. Schön!

Also: Kein Zufall, dass am 22. September 2023 Tochter Amanda am Abend die Karl-Heine-Straße und den „Felsenkeller“ besucht. „Wir freuen uns sehr auf diese Tour. Nach dem Sturz Allendes war die Solidarität mit dem chilenischen Volk in der BRD, noch mehr aber in der DDR, sehr groß. Das haben wir auch nach einem halben Jahrhundert keineswegs vergessen. Viele Landsleute fanden hier eine neue Heimat und leben mit ihren Nachkommen teilweise noch immer in Deutschland. Mit unseren Auftritten wollen wir aber natürlich vor allem das deutsche Publikum mit dem Werk meines Vaters und damit zugleich mit der revolutionären Geschichte und Gegenwart Chiles näher vertraut machen.“

Die vom Förderverein Felsenkeller Leipzig initiierte Tour des Gedenkens wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt und der Tageszeitung „junge Welt“ als Medienpartner begleitet. Schon vor 18 Uhr begehren an diesem einmaligen Septemberabend viele Interessierte Einlass. Mein Sitznachbar reiste beispielsweise aus Brandenburg mit seiner Tochter an, und als Linken-Stadtrat Volker Külöw pünktlich die Anwesenden begrüßte, erfahren wir durch Handzeichen, dass vor der Bühne ein wahrhaft internationales Publikum sitzt.

Victor Jara lebte nur 40 Jahre. Warum begibt sich Tochter Amanda erstmals auf eine Tour durch Europa, um an die Tausenden Opfer der Pinochet-Diktatur zu erinnern? „Das sei gerade jetzt wichtig“ findet sie. „In einer Zeit, in der viele ihrer Landsleute eher den wirtschaftsliberalen Kurs des brutalen Machthabers loben.“ Pinochet herrschte 17 Jahre lang in Chile, obwohl er nie gewählt wurde.

Amanda Jara spricht liebevoll und sensibel über ihren Papa. „Er war ein warmherziger Mensch, aber, wenn es die Situation

erforderte, auch durchaus sehr präsent. Am schönsten waren die tollen Feiern, die er für mich immer an meinem Geburtstag organisierte“, sagt sie. Noch immer spüre sie zugleich einen tiefen Schmerz über den Verlust, den sie aber in die damaligen Geschehnisse einordnet: „Diese Tragödie traf neben uns Tausende weitere chilenische Familien. Die Erinnerung daran muss unbedingt lebendig gehalten werden, damit eine derartige Katastrophe nie wieder passiert.“

Es ist ein lauer Leipziger Sommerabend, dessen zweieinhalb Stunden lange im Gedächtnis bleiben werden. Es gab zuvor eine umfängliche, hintergründige Einstimmung in der „Leipziger Volkszeitung“ zu lesen. Ich zitiere: „Zu einem Zentrum des Austauschs entwickelte sich die Leipziger Karl-Marx-Universität. Im Lateinamerika-Seminar (LAS) der Sektion Geschichte entstand der „Club de Leipzig“, in dem hauptsächlich geflohene Intellektuelle Strategien gegen die Diktatur in Chile entwarfen. Dazu gehörte mit José Cademartori Invernizzi der letzte Wirtschaftsminister der Allende-Regierung.“

Aber: Live ist live! Wenn man die spanische Sprache nicht versteht, bedarf es der Übersetzung. Trotzdem und gerade deshalb berührte und beeindruckte mich sehr stark, wie und wann Amanda Jara auf Spanisch ihre Stimme hob, senkte oder pausierte. Ihr fallen die Worte und Erinnerungen natürlich nicht leicht. Einfühlsam in die Lautlosigkeit des abgedunkelten Saales hinein die Interpretationen der chilenischen Sängerin Yolanda Marvel mit ihrer Gitarre, die gemeinsam mit Amanda durch Deutschland reist. Übrigens: Ihre Mutter ist nunmehr 96 und pflegt bis heute die Jacken ihres Mannes.

Können Verzweiflung, Trauer und Erinnerungen Mut machen? Meine Erkenntnis an diesem Abend: Ja!

Die DDR als Realität: Eine wichtige Debatte

Horst Ollesch Besprechung der BzG-Hefte 2/2023 und 3/2023

Um die „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ war es in der Mitte der 2010er-Jahre etwas still geworden. Doch nach und nach konnte der Rhythmus von vier Heften pro Jahrgang wieder erlangt werden und die Zeitschrift nahm einen neuen Anlauf. Mit Dr. Rainer Holze wurde ein bewährter Redakteur und Historiker als Mitherausgeber und Redaktionsmitglied gewonnen.

In den vergangenen Ausgaben entspannt sich durch die zahlreichen Aufsätze und Besprechungen eine interessante Debatte über die Geschichte der DDR und ihren Platz in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Prinzipiell ist eine solche Debatte ein unbedingtes Muss, bedenkt man, dass selbst in der offiziellen Erinnerung an die gemeinsame Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO am 18. September 1973 nur ein damals nicht existentes „Deutschland“ vorkommt, damit die Existenz der DDR munter weiter beschwiegen werden kann. Insbesondere der Zeithistoriker Prof. Dr. Siegfried Prokop lässt nichts unversucht, dieser Leugnung einer realen DDR wissenschaftliche Argumente und Quellen entgegenzusetzen. Schon in Heft 1/2023 erläuterte und dokumentierte er einen Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow im Vorfeld des späteren Baus der Berliner Mauer, der Ulbrichts tatsächliche, nicht seine im Westen kolportierte Meinung formulierte. In Heft 2 setzt Prokop seine Impulsgebung mit einem Beitrag über den Blitzbesuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse am 9. Juni 1989 in Berlin/DDR fort. Unter der Fragestellung „Scheibchenweiser Verkauf der DDR?“ skizziert Prokop das Umfeld des Besuchs, der das Benehmen zwischen den Regierenden der UdSSR und der DDR im Vorfeld des Besuchs von Generalsekretär Gorbatschow in der BRD herstellen sollte. Unterstrichen wird dies durch die Dokumentation der spannenden Niederschrift des Gesprächs zwischen E. Schewardnadse und Erich Honecker. Honecker verstand offenbar nicht, dass die Beziehungen zur BRD seitens der UdSSR die DDR in den Hintergrund treten ließen. Im Kontext der DDR-

Debatte bzw. der deutsch-deutschen Beziehungen finden sich noch mehrere Rezensionen, z. B. von Georg Fülberth über Prokops Buch über „Die Ulbricht-Ära (1950–1970)“, von Prokop selbst, von Gerd Dietrich, Ulrich Busch, Holger Becker und Ulrich van der Heiden. Sie alle berühren vielfältige Existenzbezüge der DDR, also die Planwirtschaft, den Blick des MfS auf die DDR, die Hoffnungen von Migrant*innen oder kulturpolitische Dimensionen.

Dieser inhaltliche Bogen wird im aktuellen Heft 3/2023 fortgesetzt. Prokops Rede zur Selbstauflösung der Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde (GBM) vom Dezember 2022 wird ungekürzt abgedruckt und weist auf viele Verletzungen und Ungerechtigkeiten im Umgang mit der ehemaligen DDR und deren Bürgerinnen und Bürgern hin. Die GBM war angetreten, hier die Betroffenen rechtlich und politisch zu vertreten. Prokops Buch über die Ära Ulbricht, von Fülberth in 2/2023 besprochen, führte eine Diskussion herbei, die Andreas Heyer und Ulrich Busch fortsetzen. Heyer

pflichtet Prokop in vielen Aussagen explizit bei, bestreitet aber, dass Ulbricht der DDR eine solche persönliche politische Prägung geben konnte, wie es Adenauer in der BRD vermochte, und denkt über die Angemessenheit des Begriffs der „Ära Ulbricht“ nach. Mit etwas mehr Kritik wartet Ulrich Busch auf, der eine Vernachlässigung neuer Forschungsliteratur zugunsten der aus der DDR stammenden Quellen, Dokumente und Interpretationen sieht. Doch auch er hebt die schriftstellerische Leistung Prokops hervor. Eine Annotation (Rainer Holze) zu einer Festschrift zu Dieter Schillers 90. Geburtstag und zwei Rezensionen von Monika Melchert (Hans-Dieter Schütt über Stephan Hermlin) und Siegfried Prokop (Johann Mrazek zu Mauerbau und Mauerfall) beschließen die Beitragsfolge zur DDR-Geschichte, die in Heft 4/2023 fortgeführt werden soll.

Doch die Leserinnen und Leser erfahren weit mehr in beiden Heften. So setzt Matthias John seine Darstellung des Wirkens von Karl Liebknecht im „Königsberger Prozess“ von 1904 mit den Teilen VII und VIII fort. Neun

ostpreußische Sozialdemokraten, die konspirativ russische Sozialisten unterstützten, waren der Geheimbücherei angeklagt worden. Unter ihnen befand sich der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD). Das Perfide daran war die gezielte Zusammenarbeit der preußischen Polizei mit russischen Geheimagenten. In Heft 2/2023 schreiben z. B. noch Ronald Friedmann („Von der I. Internationale 1864 in London bis zur Karl-Marx-Konferenz 1983 in Berlin“) und Mario Kebler („Max Shachtman – Trotzki, Linkssozialist, Sozialdemokrat“). Einen sehr umfangreichen Beitrag in Heft 3/2023 liefert Berthold Werlein über „Die Hungersnot 1932/33 in der Sowjetunion“.

① Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, trafo Wissenschaftsverlag Berlin. 65. Jahrgang 2023, Heft 2/2023, 178 S., Heft 3/2023, 180 S. ISBN: 0942-3060. Einzelheft 16 Euro, Jahresbezugspreis 56 Euro, Studenten-Vorzugspreis 38 Euro. Im Web unter www.geschichte-der-arbeiterbewegung.de; E-Mail: bzg@trafoberlin.de

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung



Matthias John: Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil VIII)	3
Berthold Werlein: Die Hungersnot 1932–1933 in der Sowjetunion	53
Siegfried Prokop: Das Wirken der GBM für die Rechte der DDR-Bürger im Beitrittsgebiet. Eine Rede zum Abschied	133
Lutz-Dieter Behrendt: Nachruf auf Prof. Dr. Gerhard Fuchs (30.06.1928–03.04.2023)	167

trafo Wissenschaftsverlag

65. Jahrgang • September 2023 • Preis 16,00

3/2023

Vor 110 Jahren verstorben: AUGUST BEBEL

Kurt Schneider Aus Anlass des 110. Todestages von August Bebel hat der Berliner Karl Dietz Verlag das von Gisela Notz herausgegebene Buch „August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat“ veröffentlicht. Es ist das erklärte Anliegen der Autorin, August Bebel aus seiner Zeit heraus zu verstehen und seine Positionen darzustellen, ohne sie vom heutigen Standpunkt aus zu bewerten, aber zugleich zu belegen, welchen hohen Anteil A. Bebel daran hatte, dass die deutsche Sozialdemokratie die größte und einflussreichste aller sozialistischen Parteien ihrer Zeit war.

Am 22. Februar 1840 in Deutz bei Köln geboren, schloss sich A. Bebel, als Vollwaise 13-jährig bei einer Tante lebend, frühzeitig als Handwerksgehilfe zunächst der liberaldemokratischen Bewegung an. Ab 7. Mai 1860 bis zu seiner Ausweisung in Leipzig ansässig, trat er in den dortigen neugegründeten Gewerblichen Bildungsverein ein, deren zweiter Vorsitzender er wird. Mit der sozialen Lage und Rechtlosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen stark befasst, wird Bebel 1865 Vorsitzender des Gauverbandes der sächsischen Arbeitervereine.

Mit 26 Jahren gründet er am 19. August 1866 mit Wilhelm Liebknecht die radikal-demokratische Sächsische Volkspartei (SVP). Im August 1867 werden beide Parteigründer als Abgeordnete ihrer Partei in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Anfang Oktober 1867 erfolgt Bebels Wahl zum Präsident des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (VDV). Nach der Reichstagswahl am 3. März 1871 zog Bebel als einziger sozialistischer Abgeordneter in den ersten gesamtdeutschen Reichstag ein.

Im Mai 1875 vereinigten sich in Gotha die SDAP und der ADAV zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1878-1890) auf dem Parteitag in Halle 1890 die Sozialdemokratie neu belebt wurde, gab sie sich den Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SPD).

Zunehmend war A. Bebel in all den Jahren zu einem der bedeutenden marxistischen Politiker und schärfsten Kritiker der sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland geworden. 1892 neben Paul Singer zum Vorsitzenden der SPD gewählt, trat er bis zu seinem Tode mit hoher Überzeugungskraft für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein und bekämpfte konsequent den Kapitalismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere den Militarismus und Kolonialismus

sowie die Rüstungs- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus. Er war und blieb „Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschafts- und ihrer Staatsordnung“, die er „untergraben und beseitigen“ wollte. Für ihn galt: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Als der Kaiser die Sozialdemokratie mit Hilfe des „Sozialisten-Gesetzes“ politisch ersticken wollte, galt für Bebel und Liebknecht, Widerstand in höchster Gefahr zu leisten. Die Sozialdemokratie musste, um zu überleben, revolutionär sein. Nur dadurch konnte sie letztlich zu stärksten Partei des Reiches werden. Trotz ständig wiederholter Freiheitsstrafen, insbesondere verhängt gegen A. Bebel, darunter im Leipziger Hochverratsprozess 1872 zu zwei Jahren und neun Monaten Festungshaft verurteilt, blieb die Sozialdemokratie nicht zuletzt wegen Bebels Gradlinigkeit erfolgreich, entwickelte sie sich zur marxistischen Massenpartei.

F. Engels sah in A. Bebel den „klaren Kopf“ in der deutschen Arbeiterbewegung. Und W. Lenin schrieb voller Anerkennung, dass A. Bebel zum „fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflussreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Op[or]tunismus feindlich gegenüberstehenden Sozialdemokratie“ wurde.

Zugleich war Bebel auch ein Wegbereiter für die Emanzipation der Frau. Mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das bereits zu seinen Lebenszeiten in mehr als 50 Auflagen in nahezu allen Kultursprachen er-

schien, war er der erste prinzipielle Verfechter der Befreiung der Frau aus jahrhundertelanger Erniedrigung und Knechtschaft. Ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichstellung mit dem Mann maß Bebel die gleiche Bedeutung zu, wie der Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei.

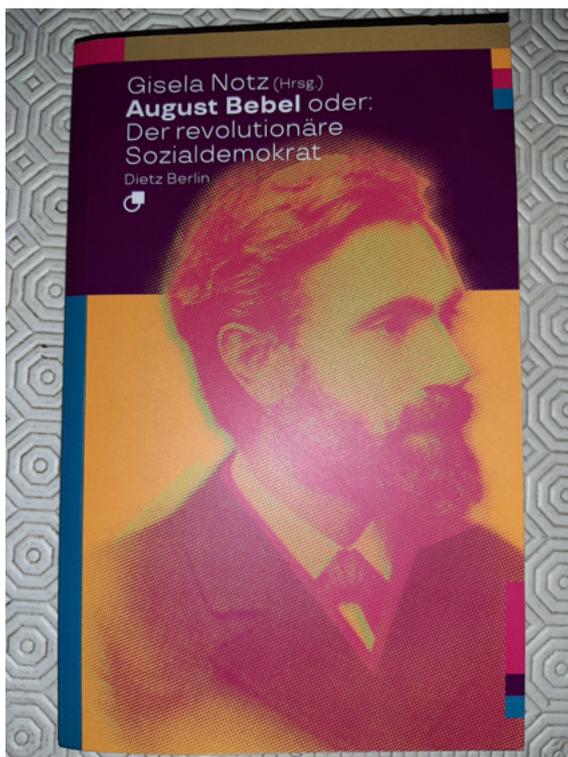
G. Notz schildert den komplizierten Entwicklungsprozess, die Richtungskämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung - die an dieser Stelle nicht behandelt werden können - bis mit dem Erfurter Parteitag 1891 die SPD den Weg einer sozialistischen Arbeiterpartei mit marxistischem Programm, an deren Erarbeitung Bebel wesentlichen Anteil hatte, beschriftet. Es bildete sich bis zum Vorabend des Beginns des II. Weltkriegs die Grundlage der Politik der SPD und galt auch für andere sozialistische Parteien in Europa als Vorbild.

Am 13. August 1913 verstarb August Bebel an einem Herzleiden in Churwalden bei Passau in der Schweiz. Am 17. August wird er unter großer Anteilnahme mit einem kilometerlangen Trauerzug auf dem Friedhof Sihlfeld (Zürich) beigesetzt. 30 000 Menschen folgten seinem Sarg, darunter führende Vertreterinnen und Vertreter sozialistischer Parteien aus zahlreichen Ländern. „Unsterblich“, so hieß es in einem Nachruf, verfasst von seinem österreichischen Freund und Genosse Victor Adler, „ist August Bebels Name in den dankbaren Herzen der deutschen Arbeiterschaft und der Arbeiterschaft aller Nationen eingetragen, und als einer der größten Arbeiter an dem Werk der Befreiung des Menschengeschlechts, als einer der gewaltigsten Streiter für das Recht der Bedrückten wird er fortleben und unvergänglich erstrahlen im Bildersaal der Helden der Menschheit.“

Weniger als ein Jahr nach Bebels Tod begann der 1. Weltkrieg, vor dem er immer seine Partei und die Menschheit gewarnt hatte.

Dem vorliegenden empfehlenswerten Band, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist eine umfassende biografische Gesamtsicht auf das Leben von A. Bebels, verfasst von G. Notz, vorangestellt. Dem folgen Texte von und über A. Bebel, die den Blick auf den revolutionären Sozialdemokraten seiner Zeit vertiefen. Der Anhang enthält die wichtigsten biografischen Daten zu A. Bebel, ein mehrseitiges Personenregister, eine Übersicht über bisherige Literatur sowie Angaben zur Herausgeberin.

© Gisela Notz: AUGUST BEBEL oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat. Karl Dietz Verlag Berlin 2023. 190 S., 14,00 Euro.



Aus dem Leben einer Praktikantin

Bettina Lorenz Als ich vor etwas mehr als einem Jahr nach Leipzig zog, um Jura zu studieren, hätte ich nicht gedacht, dass das bereits nach einem Semester passé sein wird. Aber unverhofft kommt oft: die Zukunft mit Gesetzestext erschien mir dann doch zu bieder und so zog ich (zumindest für das Sommersemester) hinaus in die weite Welt.

Passend zum anvisierten neuen Studiengang (Politikwissenschaft) bot es sich an, das halbe Jahr mit einem Praktikum bei einer Partei zu füllen. Als brave LINKE-Wählerin aus einem Stammwähler-Haushalt war auch sofort klar, wo die Reise hingehen soll. Wenn schon, denn schon! Also habe ich Anhang März eine E-Mail an den Stadtverband geschickt und bin so von heute auf morgen in den politischen Hexenkessel reingerutscht.

Zum Auftakt gab es direkt die Frühjahrs-Wahlkreistour mit dem Büro Pellmann. Demokratie zum Anfassen für die neue Praktikantin und die Bürgerinnen und Bürger. Denn Politik heißt eben auch, sich mit den (teils unschönen) Meinungen der potenziellen Wählerinnen und Wähler auseinanderzusetzen, denen man auf der Straße schonungslos ausgeliefert ist. Ein Sprung ins kalte Wasser, wenn man gerade erst angefangen hat und trotzdem bereichernd.

Der tatsächliche Ernst des Lebens begann dann ab April, als ich im Rahmen des Abgeordnetenbüros Pellmann mit der LAG Ost der Bundestagsfraktion bekannt gemacht wurde. De facto mein ganzes Praktikum hat mich dieses Projekt begleitet. Von Ideen-skizzen bis hin zu Sitzungen und einem vor-

läufigen Leitbild für politische Forderungen war es höchst spannend, dieser Entwicklung beizuwohnen und den Blick hinter die Kulissen werfen zu können. Es ist nicht ohne Stolz, dass ich mir einbilde, zumindest ein bisschen zu dieser Entwicklung beigetragen zu haben.

Abseits der LAG Ost war mein Praktikum ein Potpourri an Aufgaben: Bürgeranfragen wurden zu Hauf beantwortet, Infomaterialien en masse unter die Leute gebracht, als Ghostwriterin geisterte ich durch diverse Zeitungen und Ankündigungen, bei vielen Besuchen und Gesprächen durfte ich dabei sein und Eindrücke sammeln ... Wie schon zuvor in meinem FSJ durfte auch hier die Veranstaltungsvorbereitung und -durchführung natürlich nicht fehlen, wie z. B. zum IG-AG-Tag Anfang Juli oder für das L-Haus-Jubiläum. Die klassischste aller Praktikantenaufgaben - das Erstellen von Exceltabellen - lief mir ebenfalls einmal über den Weg.

Nicht zuletzt habe ich auch einigen Fraktionssitzungen und Ratsversammlungen beigewohnt, im Juni hatte ich außerdem die Möglichkeit, tiefere Einblicke in die Arbeit der Geschäftsstelle im Rathaus zu gewinnen. Nach Berlin hat es mich mitunter auch verschlagen, zuletzt Anfang September im Rahmen der LAG Ost. Dass ich für das dortige Präsenztreffen die Eröffnungsrede halten durfte, war rückblickend ein runder Abschluss der unterwegs oft holprigen Reise dorthin.

Manchmal bin ich immer noch etwas geflasht, auf welche Wege mich dieses Prakti-

kum geführt hat und wem ich dabei begegnet bin. Egal, was ich erwartet habe, als ich vergangenen März hinzustieß, das Praktikum hat alles erfüllt und gleichzeitig übertroffen, auf seine eigene Art und Weise. Aber wie hätte es auch anders sein können? Es hätte auch nicht zu einer so bewegten Partei wie der LINKEN gepasst, wäre das Praktikum kein Kessel Buntes gewesen.

Neben dem Potpourri an Aufgaben habe ich während meines Praktikums auch mehrere andere Praktikanten kennengelernt. Es war interessant zu sehen, wie jeder individuell zu einem Praktikum bei der LINKEN gekommen ist, seine Sichtweisen einbringt und was jeder am Ende für sich mitnimmt.

Ich möchte allen Genossinnen und Genossen danken, die sich während des halben Jahres solche Mühe gegeben haben, mich zu integrieren. Ich habe mich sehr schnell gut aufgehoben gefühlt und bin mit Freude jeden Tag aufs Neue wieder ins Büro gekommen. Zwischen den gemeinsamen Mittagessen, Ausflügen und Gesprächen vergingen die 6 Monate wie im Flug (und tausendmal sinnvoller als in Juravorlesungen). Immer noch beflügelt von diesem bereichernden halben Jahr starte ich jetzt in mein neues Studium, aber ob es mir so viel mitgibt wie das Praktikum bei euch wage ich zu bezweifeln. Die Praxis ist eben immer noch die beste Schule.

Danke für die tolle Zeit!
Oder wie die Kids sagen würden: „10/10, would do again!“
... denn es war alles, alles gut.

Mein Praktikum beim Stadtverband DIE LINKE Leipzig: Ein Blick hinter die Kulissen

Marc Essen In den letzten Wochen durfte ich als Praktikant beim Stadtverband DIE LINKE Leipzig eine spannende Reise durch die politische Welt erleben. Diese Zeit war geprägt von zahlreichen Veranstaltungen und Sitzungen, die mir einen einzigartigen Einblick in die Arbeit unserer Partei und des Stadtverbandes gewährt haben.

Während meines Praktikums durfte ich an verschiedenen Orten in Leipzig an Infoständen teilnehmen und mit den Bürger*innen der Stadt Leipzig in Austausch treten. Hier konnte ich hautnah erleben, wie unsere Parteimitglieder direkt mit den Bürger*innen in Kontakt treten, ihre Fragen beantworten und ihre Anliegen ernsthaft diskutieren. Diese direkte Interaktion hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen vor Ort zu verstehen und politisch zu vertreten.

Ein weiterer Höhepunkt waren die von Sören Pellmann und seinen Genossen und Genossinnen organisierten Kinderfeste. Die-

se Veranstaltungen zeigten eindrucksvoll, wie DIE LINKE sich für Familien und Kinder engagiert. Die Kinderfeste unterstrichen die Bedeutung von Betreuung und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und deren Eltern. Außerdem durfte ich bei der Planung und Durchführung verschiedener Veranstaltungen des Liebkechthaus besitzten, hierunter zählen beispielsweise der Geburtstag des L-Hauses oder die Demo zum Weltfriedenstag.

Während meines Praktikums durfte ich auch mit in den Bundestag nach Berlin. Dort hatte ich die Gelegenheit, an spannenden Sitzungen teilzunehmen und lebhafte Diskussionen (z.B. zum Industriestrompreis) zu verfolgen. Hier wurde deutlich, wie engagiert sich die Abgeordneten der LINKEN mit den Anliegen der Bürger*innen auseinandersetzen und konstruktive Lösungen finden. Neben den Arbeitskreisen bot sich mir auch die Möglichkeit, das Gebäude des Bundestags zu erkunden. Die Bibliothek und die Sport-

halle des Bundestags haben mich dabei sehr beeindruckt.

Ein weiteres Highlight meines Praktikums war der Ausflug nach Weißenfels und Eberswalde. Abseits vom Praktikum wurde mir hier die Möglichkeit geboten, das Schiffshebewerk in Niederfinow zu besuchen oder auch zu erfahren, wie das Konzept eines Rufbus funktioniert.

Abschließend möchte ich mich herzlich beim Stadtverband DIE LINKE Leipzig für diese wertvolle Erfahrung bedanken. Mein Praktikum hat mir nicht nur fachliche Einblicke ermöglicht, sondern auch gezeigt, wie engagiert und motiviert unsere Partei ist, sich für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Bürger*innen einzusetzen. Diese Zeit hat meine Leidenschaft für politische Arbeit weiter gestärkt, und ich freue mich auf weitere Möglichkeiten, mich aktiv für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft einzusetzen.



3 Bilder aus dem September:

Bild links oben: Am 15. September war Klimastreik. Für eine sozial- und klimagerechte Zukunft braucht es zuverlässige, nachhaltige und günstige Mobilität für alle. Fridays for Future Leipzig, die Klimabewegung und Wir Fahren Zusammen stehen an der Seite der Beschäftigten, um gesellschaftliche Mehrheiten für die Verkehrswende aufzubauen. DIE LINKE. Leipzig und SDS Leipzig unterstützen dies.

Bild rechts oben: Wir machen unsere Straße zum Lebensraum: Jetzt! Mehr Platz für Menschen - statt für Autos! Unter diesem Motto fand am 15. September der Park(ing) Day 2023 statt. Dabei werden Parkplätze zu Parkanlagen und Orte zum Verweilen umgewandelt. Auch unsere GenossInnen haben sich daran wieder beteiligt.

Bild rechts unten: Am 17. September fand im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche der Autofreie Sonntag in der Windmühlenstraße statt. Auch wir waren dabei. An unserem Spot gab es neben Hüpfburg, Popcorn, rotem Slushy und vielen Infomaterialien auch die Möglichkeit, sich mit Abgeordneten der verschiedenen Ebenen zu den Fragen des nötigen sozial-ökologischen Umbaus vor Ort auszutauschen.



Fotos: privat



Ausschreibung für eine*n Wahlkampfkoordinator*in

Für die Organisation der Kommunal-, EU-Wahl und Landtagswahl 2024 in Leipzig stellt der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig

eine Wahlkampfkoordinatorin/einen Wahlkampfkoordinatoren

auf Minijobbasis für die Zeit vom 1. Januar 2024 bis zum 30. September 2024 ein.

Erwartet werden:

- Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE
- Organisationserfahrung
- Erstellung von logisch strukturierten Arbeitsabläufen

- Kenntnisse der Strukturen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig
- Kenntnisse der Parteistrukturen auf Landes- und Bundesebene
- selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit
- Flexibilität des Zeitfonds
- gute EDV-Kenntnisse

Aussagefähige Bewerbungsunterlagen erwarten wir bis zum 6. November 2023 per Post an den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, bzw. per Mail an: Kay.Kamieth@dielinke-leipzig.de

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Stolpersteine putzen:** Jährlich gedenken Menschen der Opfer des Nationalsozialismus. Aus einem Kunstkonzept, begründet von Gunther Deming im Jahr 1993, hat es sich etabliert, dass am 9.11. Orte von verlegten Stolpersteinen aufgesucht, geputzt und geschmückt werden, um dem Gedenken Ausdruck zu verleihen, an unsere historische Verantwortung zu erinnern und niemals zu vergessen!
- **PutzpatIn werden:** Für die Aktion „Mahnwache und Stolpersteine putzen“, welche in Leipzig jährlich stattfindet, werden PutzpatInnen gesucht. Der Verein bittet um schnelle Rückmeldungen, damit es bei jedem Stolperstein eine Mahnwache gibt. Hier geht's zur Anmeldung: <https://erichzeignerhaus-ev.de/neunter-november/>
- **Richtig Putzen:** Eine Anleitung wie und womit die Stolpersteine am besten zu putzen sind, gibt es hier: <https://gleft.de/52g>



2. Tagung des 8. Stadtparteitages

Wann: Sa., 21. Oktober 2023, ab 9:30 Uhr
Wo: Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32

Am 21. Oktober 2023 findet die 2. Tagung des 8. Stadtparteitages von DIE LINKE. Leipzig ab 9:30 Uhr im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32, statt. Auf ihr werden die Delegierten für den Bundesparteitag, die VertreterInnen zur Aufstellung der EU-Wahlliste neu gewählt. Ebenfalls wird der 1. Entwurf des Kommunalwahlprogrammes vorgestellt und diskutiert sowie vmtl. eine neue Satzung beschlossen.

📍 Weitere Infos auf: <https://gleft.de/5n0>

Was können wir als Basisorganisationen tun, um an vergangene Erfolge anzuknüpfen?

Wann: Mi. 18. Oktober 2023, 18:00 Uhr
Wo: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a

Die Basisorganisation Messemagistrale und das ZKM veranstalten eine Diskussionsrunde zur Frage: „Was können wir als Basisorganisationen tun, um an Erfolge aus den Anfangsjahren der Partei DIE LINKE anzuknüpfen“ und laden alle Genossinnen und Genossen ein.

Gemeinsam, jetzt! Für eine starke LINKE.

Wann: Fr., 20. Oktober 2023, 19:00 Uhr
Wo: Ost-Passage-Theater, Konradstraße 27

Uns allen ist bewusst, dass die Lage der Partei aktuell keine gute ist. Zwischen all den verschiedenen Meinungen fehlt es uns oft an einer klaren Linie, viele Menschen wissen nicht mehr, wofür wir stehen. Schwindender Zuspruch in der Bevölkerung sowie Austritte aus unseren Reihen sind die Folge.

Und doch haben wir alle ein gemeinsames Interesse: Für eine starke LINKE zu kämpfen. Doch wie genau gestaltet sich das? Wie können wir das gemeinsam schaffen? Am 20.10.2023, 19:00 Uhr habt ihr die Möglichkeit, mit unserem Co-Vorsitzenden Martin Schirdewan, der Co-Landesvorsitzenden Susanne Schaper sowie der Europawahlkandidatin Ines Schwerdtner darüber ins Gespräch zu kommen. Die Moderation des Abends übernimmt unser Vorsitzender Adam Bednarsky.

Roter Freitag: Die Leipziger Klimapolitik im Realitätscheck

Wann: Fr., 27. Oktober 2023, 18:00 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Im Jahr 2019 rief die Stadt Leipzig den Klimanotstand aus. Es folgten ein Sofortmaßnahmenprogramm und ein neues Klimaschutzprogramm 2030. Doch was steht eigentlich in all diesen Konzepten? Und sind sie geeignet, um Leipzig auf den Weg zur Klimaneutralität zu bringen? Kann denn eine Kommune alleine überhaupt klimaneutral werden?

In einem kleinen Vortrag von Michael Neuhaus (Sprecher für Umwelt DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig) und mit anschließender Diskussion wollen wir diese und viele weitere Fragen klären und die Leipziger Klimapolitik aus linker Perspektive einem Realitätscheck unterziehen.

Roter Freitag: "Don't fight the players, fight the game!" - Einführung in die sozialistische Gewerkschaftspolitik

Wann: Fr., 10. November 2023, 18:00 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Wir leben in einer Zeit, in der Themen wie Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit, Menschenrechte und Gleichheit immer wichtiger werden. Soweit so gut. Doch leben wir auch in einer Zeit in der nach wie vor Gewinne, Rendite und Wachstum über soziale Aspekte gestellt werden. Wie gehen wir mit den daraus resultierenden Widersprüchen um? Es wird immer deutlicher, dass der Kapitalismus die Fragen dieser und der nächsten Generationen nicht beantworten kann.

📍 Für die Anmeldung schreibe eine kurze Mail an: christian.annecke@dielinke-leipzig.de

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Regelmäßige Termine

Stadtvorstand

Wann: 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online

Der Stadtvorstand von DIE LINKE. Leipzig ist zwischen der Parteitag das höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt.

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen

Wann: 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.s.a.P.), Steffi Deutschmann, Adam Bednarsky, Volker Külow
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 06.11., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.